

## **Stellungnahme zu TOP 8 (ggf. 9) der Ratssitzung vom 9.Dezember 2015**

### **„Schließung von Grundschulstandorten ab dem Schuljahr 2016/2017“**

Herr Bürgermeister Dieder,

sehr geehrte Ratskolleginnen und –kollegen,

werte Zuhörinnen und Zuhörer,

in der Schul- und Kulturausschusssitzung vom vergangenen Donnerstag, den 3.12.2015 haben Vertreter der SPD-Fraktion deutlich gemacht, dass wir die vorliegenden Beschlussvorschläge nicht mittragen werden. Bereits in dieser Sitzung wurden von unserer Seite eine Vielzahl von Argumente und Hinderungsgründe vorgetragen, die ich hier nicht erneut aufzählen möchte.

Dennoch gestatten Sie mir den Hinweis, dass es bereits im vergangenen Jahr bei der „Einrichtung der Grundschulklassen“ zu erheblichen Problemen kam. Bereits damals musste die SPD-Fraktion mehrfach nachfragen, um geeignete Zahlen mitgeteilt zu bekommen.

In einem Telefonat vom 16.12.2014 habe ich Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister Dieder gefragt, ob es nicht sinnvoll sei, die Empfehlungen der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) mit zu berücksichtigen. Des Weiteren sollten sich die Fraktionsvorsitzenden aller Parteien treffen, um bei diesem Thema eine einheitliche Meinung zu erzielen, damit so ein Gezeter, wie bei der Gesamtschulentscheidung, nicht erneut geschieht.

Sie, Herr Bürgermeister Dieder, vertraten die Auffassung, dass das in diesem Jahr nicht mehr mit den Empfehlungen der GPA zu Händeln sei.

Meine Fraktion hat dann erst wieder im September bzw. Anfang Oktober 2015 etwas zu den Empfehlungen der GPA gehört, als die Agenda 2025 verabschiedet wurde und eine Kopie des Schreibens der Stadtverwaltung Heinsberg vom 19. Okt. 2015 „Schließung des Schulstandortes Unterbruch ab dem Schuljahr 2016/2017“ uns zugesandt wurde. Vom Bürgermeister bzw. der Verwaltung

haben wir diesbezüglich nichts gehört, erst auf unsere Nachfragen hin, erhielten wir genauere Antworten.

Und so ist es dann weitergegangen. Zuerst nur Zahlen zu Unterbruch , Heinsberg und Kempen und dann auch zu den anderen Grundschulstandorten.

Immer musste nachgefragt und eigenständig kontrolliert und moniert werden.

Sieht das nach einem „**Konzept**“ aus, dass die Schullandschaft widerspiegeln und zukünftig für geregelte Verhältnisse sorgen soll?

Wir sind der Auffassung, dass die meisten Zahlen und Berechnungen erst sukzessiv erstellt und bearbeitet worden sind.

Ich darf Sie, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, an die Schulausschusssitzung vom 7.7.2010 erinnern. Ich zitiere aus Ihrem Antrag: (Zitat) „Die CDU-Fraktion will die zukünftige Entwicklung der Schulen der Stadt Heinsberg wie in dem vorliegenden Gutachten zur Schulentwicklungsplanung für den Kreis Heinsberg vorgeschlagen, in sachlich und fachlich kluger Weise diskutieren. Vor definitiven Festlegungen soll allen beteiligten Gremien Gelegenheit gegeben werden, Lösungsvorschläge, Alternativen undd Beschlussvorlagen in Ruhe besprechen zu können, um den zukünftigen Herausforderungen gerecht werden zu können.“ (Zitatende)

Und weiter: (Zitat)“Um den Prozess der Schulentwicklung in Heinsberg voran zu bringen, beantragt die CDU-Fraktion ein ergänzendes, neutrales Gutachten, das auch die neuesten Erkenntnisse in der Entwicklung des Schulwesens mit den vielfachen Möglichkeiten einbezieht und damit eine gute Basis für Entscheidungen bietet.“ (Zitatende)

Warum gehen Sie heute anders vor?

Wir betonen noch mal, dass es im Rahmen von Konsolidierungsmaßnahmen zu Schließungen von Grundschulen kommen wird. Dies muss den Bürgerinnen und Bürgern nur transparent und neutral dargelegt werden.

Unseres Erachtens müssten neben dem „Gebäudemanagement“ und den „wirtschaftlichen Aspekten“ auch „pädagogische Ausrichtungen“ berücksichtigt werden. Wie bei der Stromkonzessionsvergabe müsste ein Katalog mit Fragen, Bewertungskriterien und deren Wertigkeiten erstellt werden, anhand dessen die einzelnen Grundschulen von neutralen Fachleuten untersucht und bewertet werden.

Besuche und Inaugenscheinnahmen der CDU-Fraktion bei den einzelnen Grundschulen dürften hier nicht allzu hilfreich sein.

Im Übrigen hat ja die Vergangenheit gezeigt, dass die CDU-Fraktion auf dem Gebiet der Schulpolitik nicht gerade das Meinungsbild der Bürgerinnen und Bürger und der Elternschaft getroffen hat. Da lag man häufig stark daneben.

Darüber hinaus finden wir es fatal, wenn man die Notwendigkeit der Konsolidierungsmaßnahmen dem Land NRW oder dem Bund zuschiebt. Schuld an der Finanzmisere der Stadt Heinsberg sind Sie, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, die hier seit mehr als 40 Jahren das Sagen haben.

Jahrelang haben Sie eine Anhebung der Gewerbesteuer verhindert und somit auf Millionen von Gewerbesteuereinnahmen zugunsten der Gewerbetreibenden verzichtet. Der Höhepunkt Ihrer miserablen Finanzpolitik war die Ratssitzung vom 7. Juli 2010, in der sie eine Senkung der Vergnügungssteuer beantragt haben.

Im Übrigen auf die Einführung von so genannten „Sondernutzungsgebühren für die Außengastronomie“ warten wir auch schon seit geraumer Zeit.

Die SPD-Fraktion wird der Beschlussvorlage **nicht** zustimmen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!